

Sperrfrist:
Freitag, 2. September 2005
11.00 Uhr



Es gilt das gesprochene Wort

Tag der Wirtschaft
2. September 2005, Zürich

Standort Schweiz im globalen Wettbewerb

Ueli Forster, Präsident economiesuisse

Sehr geehrte Damen und Herren

Ausgangslage

Nach zwei Jahren Stagnation 2002 und 2003 erfuhren wir im letzten Jahr eine verhaltene wirtschaftliche Belebung. Diese flaute jedoch in der zweiten Jahreshälfte bereits wieder ab. Zurzeit macht es den Anschein, als ob sich die konjunkturellen Perspektiven wieder etwas aufhellen, nicht zuletzt dank einem wieder etwas freundlicheren aussenwirtschaftlichen Umfeld. Allerdings bleibt eine erhebliche Verunsicherung der Verbraucher und Investoren. Diese ist wohl nicht zuletzt darauf zurück zu führen, dass sich die schweizerische Volkswirtschaft nach wie vor in einem teilweise schmerzhaften Anpassungsprozess an neue ökonomische Realitäten befindet. Sie betreffen – neben den unsicheren Zukunftsaussichten der sozialen Sicherheitssysteme – vor allem die neuen Anforderungen an den heimischen Standort in einer sich rasch verflechtenden Weltwirtschaft. Dabei weist die Globalisierung zwei Seiten auf: eine positive und eine weniger angenehme. Einerseits geht es, um mit Carl Christian von Weizsäcker zu sprechen, um die Übertragung der Kultur des Abendlandes (Freiheitsrechte der Bürger, Wettbewerb, Rule of Law usw.) auf die übrige Welt. Andererseits reisst der globale Wettbewerb das Kartenhaus des Wohlfahrts- und Interventionsstaates ein. Er legt schonungslos offen, dass die Politik nur verteilen kann, was am Markt erwirtschaftet wird. Der Staat kann mit anderen Worten immer nur mit denjenigen Ressourcen arbeiten, die zuvor im „Wettbewerbsteil“ der Wirtschaft gewonnen wurden. Mit der hohen Mobilität des Kapitals und der Vernetzung der Märkte für Güter, Arbeit und Technologie haben sich nicht nur die Zusammenhänge wirtschaftlichen Handelns und die Prozesse verändert, sondern auch die Gestaltungsräume der nationalen Wirtschaftspolitik. Diese kommt nicht daran vorbei, die Rahmenbedingungen für Unternehmen in der Schweiz so zu gestalten, dass sie unter den neuen Wettbewerbsbedingungen bestehen können. Die Globalisierung erzwingt leistungsgesteuerte Gesellschaften, was unbequem ist und bei vielen Menschen Angst und Verunsicherung hervorruft. Das wären jedoch keine guten Ratgeber. Je eher die Politik lernt, dass politische Macht gegen weltwirtschaftliche Veränderungen wenig ausrichten kann, desto schneller wächst die Einsicht, dass letztlich der politische Wille zur Anpassung Land über das Wirtschaftsklima und den Erfolg in einem Land entscheidet. Durch Strukturwandel ist noch keine Volkswirtschaft zugrunde gegangen, wohl aber

durch einen Mangel an strukturellem Wandel. Vor diesem Hintergrund besteht für unser Land vor allem in der Aussenwirtschafts- und in der Wirtschaftspolitik Handlungsbedarf.

Aussenwirtschaftspolitische Herausforderungen

Aussenwirtschaftspolitisch stehen zurzeit die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf die zehn neuen EU-Mitgliedländer und die Erweiterung des Regimes von Freihandelsabkommen mit wichtigen Ländern als Ergänzung zur WTO im Vordergrund.

Nachdem das Schweizer Volk bereits im Mai 2000 mit Zweidrittelmehr der Personenfreizügigkeit zugestimmt hat, geht es aus nüchterner wirtschaftlicher Betrachtungsweise am kommenden 25. September nicht mehr um das Prinzip, sondern bei Lichte besehen nur um die Erweiterung auf die neuen EU-Länder und um eine zusätzliche Verschärfung der Schutzbestimmungen zu Gunsten der bisherigen Arbeitnehmerschaft. Das Abkommen ist somit im Hinblick auf schweizerischen Befindlichkeiten fast massgeschneidert. Der Ausgang der Abstimmung bestimmt aus unternehmerischer Sicht einen wesentlichen Teil des Risikoprofils des Standortes Schweiz in der Zukunft, ist es doch die Basis für unverzichtbare, verlässliche Rahmenbedingungen, um im Wettbewerb des europäischen Binnenmarkt bestehen zu können und die Sozialwerke zu sichern.

Eine Alternative zu den bilateralen Verträgen gibt es nicht. Es ist verantwortungslos, wenn heute Kreise, die 2000 noch für Annahme der Bilateralen I plädierten, mit irreführenden Argumenten dagegen Sturm laufen. Nicht nur ist dies eine Missachtung grundlegender politischer Zusammenhänge, sondern auch eine Verleugnung des bilateralen Wegs der Schweiz. Ich zähle deshalb auf die Vernunft und die Einsicht des Souveräns, dass er dieses trübe Spiel der Gegner durchschaut und mit Überzeugung Ja zur Ausdehnung der Personenfreizügigkeit sagt. Für *economiesuisse* ist es eine der wichtigsten Abstimmungen der letzten Jahre, und deshalb setzen wir uns auch mit aller Kraft für die Vorlage ein.

Regionale Handelsabkommen erleben derzeit weltweit einen Aufschwung – nicht zuletzt auch wegen der schleppenden Fortschritte bei der Liberalisierung des Welthandels im Rahmen der Doha-Runde der WTO. Diese fördern zwar den Güteraustausch zwischen den beteiligten Staaten. Die Wettbewerber von aussen werden dadurch jedoch durch Zölle und andere Marktzutrittsschranken benachteiligt und kommen häufig nicht mehr zum Zug, was zu Absatz- und damit auch zu Wohlstandsverlusten führt. Auch für die Bündnisstaaten kann dies nachteilige Auswirkungen haben – nämlich dann, wenn die ausserhalb der Handelszone ansässigen Wettbewerber günstigere Produkte anbieten könnten, der Vorteil aber durch den Zollaufschlag verloren geht. Es gilt deshalb, sorgfältig abzuwägen zwischen rascherem Wohlstandsgewinn in einer Region und dem potentiellen Wohlstandsverlust Dritter. Die WTO schätzt, dass inzwischen rund die Hälfte des gesamten Welthandels innerhalb regionaler Handelsabkommen abgewickelt wird. Vorreiter sind Europa und Nordamerika (NAFTA): gut 60 Prozent aller Exporte aus den EU-Ländern werden von anderen Mitgliedländern der Gemeinschaft gekauft; bei der NAFTA sind es rund 57 Prozent.

In diesem Umfeld sieht sich die Schweiz veranlasst, ihre Aussenwirtschaftspolitik zu überdenken und den neuen Gegebenheiten anzupassen. Leitmotiv muss sein, den Marktzugang für schweizerische Akteure auf ausländischen Märkten zu sichern und auszubauen und bestehende oder sich abzeichnende Diskriminierungen zu vermeiden oder zu beseitigen. Mit der neuen strategischen Ausrichtung der schweizerischen Aussenwirtschaftspolitik trägt der Bundesrat diesen Veränderungen im weltweiten Handelssystem Rechnung. Wichtig dabei ist, dass neben der Förderung von Fortschritten in der WTO auch neue intensivere Beziehungen unseres Landes mit den wichtigsten Wirtschaftspartnern in Übersee – vor allem mit den USA, Japan, China, Indien und Brasilien – angestrebt und auf eine bessere vertragliche Grundlage gestellt werden. Aus Sicht der schweizerischen Wirtschaft weist die neue, vom Bundesrat verabschiedete Aussenwirtschaftspolitik in die richtige Richtung. Sie trägt den veränderten Gegebenheiten des globalen Wettbewerbs Rechnung und ist auf die Möglichkeiten eines Kleinstaates mit einem dynamischen internationalen Wirtschaftssektor angepasst. Sie setzt richtigerweise auch auf die rasch wachsenden Märkte in Übersee. Und für mich besonders wichtig: Sie dokumentiert den Handlungsspielraum eines Kleinstaates, der seine Position gegenüber den grossen Blöcken autonom verbessern will. Die Umsetzung der neuen Strategie wird aber nur gelingen, wenn sie nicht durch die immer noch bestehenden Verkrustungen in unserem Land durchkreuzt werden. Wenig verständlich ist in diesem Zusammenhang, dass neben der Landwirtschaft auch kantonale Volkswirtschafts- und Landwirtschaftsdirektoren glauben, gegen ein Freihandelsabkommen mit den USA Sturm laufen zu müssen, noch bevor überhaupt ein Mandat vorliegt, geschweige denn Verhandlungen aufgenommen worden sind. Damit bin ich bei der nationalen Wirtschaftspolitik.

Wirtschaftspolitische Prioritäten

Ohne Zweifel sind in den letzten Jahren einige Reformen auf den Weg gebracht worden wie die Verschärfung der Wettbewerbsgesetzgebung, die Liberalisierung der Telecom, die Revision des Binnenmarktgesetzes, die bilateralen Abkommen I usw. Wenn man dann noch auf die umliegenden Länder wie Deutschland, Frankreich oder Italien blickt, so führt dies schnell zur Selbstzufriedenheit. In der Tat schneidet die Schweiz im internationalen Standort-Ranking bei wichtigen Kennziffern gut ab: die Kaufkraft ist relativ hoch, die Steuersätze sind vergleichsweise günstig, die Forschung bewegt sich international in der Spitzengruppe, der Ertragsbilanzüberschuss wird nur noch von Luxemburg und Singapur übertroffen. Meistens wird aber bei diesen Standortvergleichen mit Blick auf den Schuldenberg der öffentlichen Hand, die sich ausweitenden Milliardenlöcher bei den staatlichen Pensionskassen und im Gesundheitswesen usw. das Wörtchen „noch“ beigesetzt. Diese „Noch – Schweiz“ (Bundesrat Blocher) steht bei genauerem Hinsehen auf schwankendem Fundament. Weder können die Nachbarländer – schon gar nicht in ihrer heutigen Verfassung – der Massstab sein, noch nützen Beruhigungspillen in Form des Hinweises auf den immer noch guten Zustand. Man macht sich damit lediglich etwas vor und schiebt Reformen auf die lange Bank, oder man begnügt sich mit unklaren, widersprüchlichen und halben Reformen, die nur immer wieder neuen Reformbedarf erzeugen.

Ein Blick auf die erfolgreichen Transformationsländer oder das „neue“ Europa ist in diesem Zusammenhang besonders lehrreich. Er zeigt, dass nur mit klaren Visionen und konsistenten Programmen Glaubwürdigkeit gewonnen werden kann. Damit sei

gesagt, dass die Politik der kleineren Schritte angesichts des Tempos der Veränderungen ausgedient hat. Mehr Mut ist angesagt. Unser Land ist reif genug, um aus Einsicht zu handeln statt zu warten, bis der Leidensdruck genügend gross ist. Wenn umfassende Reformen politisch durchsetzbar werden sollen, liegt die politische Führungsaufgabe in erster Linie darin, die Bevölkerung umfassend, verständlich und schonungslos aufzuklären. In diesem Sinne leisten wir von *economiesuisse* auch unseren Beitrag.

Ich sehe heute vor allem vier inhaltliche Schwerpunkte der Wirtschaftspolitik:

1. Wir müssen die Staatsfinanzen nachhaltig sanieren und mit einem konsistenten Konzept das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger wieder herstellen. Die aktuellen Haushaltsdefizite sowie die aufgelaufenen Staatsschulden sind immer noch zu hoch, obwohl – auch als Folge unserer Arbeit – viel geleistet worden ist. Der Anteil der zukunftsgerichteten Ausgaben in den öffentlichen Haushalten ist zu niedrig, was entsprechende Umschichtungen von den Konsum- zu den Investitionsausgaben verlangt (vor allem Bildung und Forschung). Je höher der Konsumanteil ist und je höher die vergangenheitsorientierten staatlichen Leistungen (Schuldendienst, Renten, usw.) sind, desto geringer sind *ceteris paribus* die Wachstumswirkungen des Staatshaushalts. In diesem Zusammenhang ist es auch absurd, bei den sich abzeichnenden Ausgabentrends von „Kaputtsparen“ zu sprechen. Was wir gegenwärtig tun, ist bestenfalls die Steigerungsraten abbremsen. Und diese drohen, bereits in drei Jahren wieder zu explodieren. Dabei bringt einem Land eine nachhaltige Konsolidierung der öffentlichen Haushalte in aller Regel mehr Wachstum und Beschäftigung, wie zahlreiche seriöse Untersuchungen belegen.
2. Wir müssen unser Steuersystem international wettbewerbsfähiger ausgestalten; dies gilt nicht zuletzt für eine konkurrenzfähige Besteuerung der Kapitaleinkommen. Die Unternehmenssteuerreform II muss nicht nur die steuerliche Standortattraktivität erhöhen, sondern sollte auch die Finanzierungs- und Rechtsformneutralität gewährleisten. Die Schweiz braucht im Zeichen des Steuerwettbewerbs der Staaten um mobile Faktoren nicht ein Reförmchen, sondern eine Reform. Dass die Kantone hier in der Mehrzahl mutiger sind als der Bund, zeigt, dass sie näher am Geschehen der Wirtschaft sind.
3. Wir müssen unser Gesundheits- und Bildungssystem, für welche zusammen pro Jahr rund 80 Milliarden Franken aufgewendet werden, zukunftsfähig ausgestalten. Es gilt, den überholten Vertragszwang, den lückenhaften Risikoausgleich und die wettbewerbsfeindliche Spitalfinanzierung zu korrigieren und den Gesundheitssektor mittels „managed Care“ mit Budgetverantwortung zu einem effizienten, international wettbewerbsfähigen Wirtschaftszweig zu machen. Schulen müssen nicht nur gefördert, sondern auch gefordert werden, indem nicht nur die Leistungen von Schülern, sondern auch diejenigen der Lehrkräfte wieder einen höheren Stellenwert erhalten. Höhere Studiengebühren an den Hochschulen dürfen kein Tabu mehr sein, sondern sollen Reflex deren Qualität sein. Ebenso ist die Auswahl der Studierenden den Hochschulen zu überlassen.

4. Wir müssen unsere Sozialwerke dringend sanieren. Die IV weist heute ein jährliches Defizit von 1.5 Milliarden Franken auf, und bei der AHV läuft bis in 5 Jahren ein zusätzlicher Finanzbedarf von 3.2 Milliarden Franken auf. Die Löhne wachsen seit 1990 langsamer als in den Annahmen, welche die Szenarien der Bundesverwaltung für die künftigen Beiträge aus Lohnprozenten treffen. Bei der IV waren wir seit jeher primär für eine ausgabenseitige Sanierung. Mit den unter gewissen Bedingungen dem AHV-Fonds zugewiesenen 7 Mia Fr. aus dem Verkauf des Nationalbankgoldes sind die wahren Probleme noch nicht gelöst. Und dass bei der AHV die längere Arbeitszeit kein Thema mehr sein soll, kann ja auch nicht als wirtschaftsfreundliche Lösung gelten. Da hilft auch das Bekenntnis nicht, dass sich neuerdings praktisch alle bürgerlichen Parteien als Wirtschaftparteien bezeichnen.

Fazit

Es ist eine Illusion zu meinen, Wachstum könne staatlich geplant, d.h. durch Interventionen der Politik wie die Schaffung von Technologieplattformen, die Förderung von sog. Zukunftstechnologien oder Subventionen für Standortansiedelungen künstlich herbei geführt werden. Wachstum ist letztlich ein „Kuppelprodukt“ der Freiheiten, über die Bürger und Unternehmen in einer marktwirtschaftlichen Ordnung verfügen. Es bleibt deshalb die zentrale Aufgabe der Wirtschaftspolitik, die Handlungsspielräume zu öffnen, unter denen Wachstum möglich ist. Länder haben auch in einer globalen Wirtschaft genügend Freiheitsgrade, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Dazu braucht es aber eine konzeptionell klar gefasste und politisch ebenso stringent umgesetzte Ordnungspolitik, welche die Öffnung der Märkte, die Stärkung des Wettbewerbs, die Befreiung von Regulierungen, gesunde Staatsfinanzen, flexible Arbeitsmärkte und ein leistungsfähiges Wissenschaftssystem zum Ziel hat. Leitmotiv muss das Vertrauen in die Selbstverantwortung und Entscheidungsfähigkeit des Menschen sein (Otto Graf von Lambsdorff). Das erfordert auch höhere Anforderung an die allgemeine Gesetzgebung. Gesetze müssen den Dreifachtest der Subsidiarität, der niedrigen Kosten und der Wettbewerbsfähigkeit bestehen. Die Alternative zu einer solchen Politik ist wirtschaftspolitischer Pragmatismus im Sinne von Drehen an Stellschrauben, wie wir es seit 20 Jahren in der Agrarpolitik tun.

Auch wenn vieles noch nicht so ist, wie es die Wirtschaft gerne haben möchte, so bewegt sich die Schweiz – wenn auch langsam. Grund zur Schwarzmalerei besteht nicht, falls die Politik Wege findet, ihr Tempo demjenigen der sich rasch entwickelnden Wachstumsmärkte anzupassen. Den Druck dazu zu erhöhen, betrachten wir als unsere Aufgabe.